

Bevölkerungsschutz als Priorität

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine dramatisch verschärft. In diesem Kontext gewinnt der Schutz der Zivilbevölkerung auch auf kommunaler Ebene stark an Bedeutung. Städte wie Stuttgart – als industriestarker, hochverdichteter Ballungsraum mit sensibler und kritischer Infrastruktur – stehen in besonderer Verantwortung, ihre Resilienz gegenüber äußeren Bedrohungen gezielt zu stärken, regelmäßig zu überprüfen und an neue Herausforderungen anzupassen.

Der „Operationsplan Deutschland“ der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung weist den Kommunen eine tragende Rolle zu. Gefordert werden unter anderem logistische Bereitstellungsräume, eine verlässliche Kommunikationsinfrastruktur, die Sicherung zentraler Versorgungsnetze sowie ein abgestimmtes Vorgehen mit Katastrophenschutzbehörden. Die Stadt Stuttgart sollte diese Anforderungen proaktiv aufgreifen, Schwächen analysieren und ihre Handlungsfähigkeit im Ernstfall unter Beweis stellen.

Zugleich zeigt sich, dass innerhalb der Bevölkerung bislang ein zu geringes Bewusstsein für Krisenvorsorge besteht. Nur wenige Haushalte verfügen über ausreichende Vorräte, Notfallpläne oder Kenntnisse im Umgang mit Versorgungsausfällen. Gerade in Zeiten zunehmender hybrider Bedrohungen – etwa durch gezielte Desinformation, Cyberangriffe, Sabotageakte oder die bewusste Störung öffentlicher Systeme – ist eine koordinierte, breit aufgestellte und verständlich kommunizierte Zivilschutzstrategie dringend notwendig. Diese muss auf mehreren Ebenen ansetzen: technisch, organisatorisch, kommunikativ und gesellschaftlich.

Wir fordern daher gemeinsam mit Freien Wählern und FDP die Verwaltung auf, mit Landes- und Bundesbehörden sowie den Hilfs- und Katastrophenschutzorganisationen ein umfassendes Konzept zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes in Stuttgart zu erarbeiten. Bestehende Schutzstrukturen – etwa Notunterkünfte, Warnsysteme, Schutzzräume, Kommunikationsketten und Energie-Reserven – sollen geprüft, modernisiert und erweitert werden. Parallel dazu braucht es langfristig angelegte Informationskampagnen, welche die Bürger befähigen, eigenverantwortlich Vorsorge zu treffen.

Resilienz beginnt nicht erst im Verteidigungsfall. Sie entsteht durch Vorbereitung, Aufklärung und entschlossenes Handeln – auf allen Ebenen unserer Gesellschaft.